



Janine Dahinden
Neuchâtel

Sprachliche und kulturelle Vielfalt: Welche Sprachenpolitik?

L'auteure désigne trois aspects de la langue comme éléments constitutifs pour une intégration sociale réussie, qui devraient, par conséquent, se retrouver dans une politique linguistique efficace: la langue pour l'identité de personnes et de groupes, comme moyen de compréhension et de communication et comme indicateur de position sociale. Ainsi, la reconnaissance de minorités ethniques, culturelles et linguistiques confère à ces dernières un meilleur statut dans la société et contribue à la construction d'identité. La communication sociale est vue ici en analogie avec la définition de Habermas: un répertoire de connaissances linguistiques et sociales qui forment la "compétence communicative". L'auteure voue une attention particulière à la langue comme instrument de distinction; elle cite à cette fin l'étude sur les discriminations à l'embauche des jeunes issus de la migration, une recherche récente qui a clairement démontré les désavantages, sur le marché de travail, de jeunes avec des noms kosovars. Sur la base de ces observations, un programme de politique de langues est esquissé, reprenant certains points connus: cours en langues minoritaires, utilisation d'ouvriers de ces langues comme interprètes sur la place de travail, etc. Mais l'auteure ne néglige pas les dangers de telles mesures et propose de les intégrer dans des programmes d'information visant par exemple à combattre des stéréotypes. (réd.)

Vielfalt „all over“

Während den letzten Jahrzehnten zeichnete sich ein starker kultureller und sozialer Wandel ab, dessen herausragendes Merkmal eine Pluralisierung der Lebensstile, Lebensformen, Sprachen und Wertsysteme war. Die Demokratisierung der Bildungssysteme, die Ausbreitung der Marktwirtschaft, die Formierung der Nationalstaaten und nicht zuletzt die Einwanderungen in die Schweiz waren die Hauptmotoren, die diese Diversifizierung während den letzten Jahrhunderten vorantrieben. Die romantische Idee, Gesellschaften seien ursprünglich homogene Gebilde mit einer einzigen Kultur und Sprache gewesen, trifft wohl auf keine komplexe Gesellschaft und schon gar nicht auf die Schweiz zu: Seit langem kennen wir hierzulande eine sprachliche und kulturelle Vielfalt, diese ist gar staatlich und offiziell anerkannt und meist sind wir stolz darauf. Gleichwohl ist auch in der Schweiz, wie in allen modernen Gesellschaften, während der letzten Jahre eine „Vervielfältigung“ der sprachlichen und kulturellen Vielfalt zu einer unumstösslichen gesellschaftlichen Realität geworden. Nicht nur, dass sich in den letzten zehn Jahren die Vielfalt der Nicht-Landessprachen stark erhöht hat: Im Jahr 2000 gab es in der Schweiz, wie die Volkszählung zeigte, 40 Sprachen mit mehr als 1000 Sprechenden. Gleichzeitig ist eine kulturelle Pluralisierung von statten gegangen, die neue Herausforderungen an die gesellschaftlichen Akteure stellt: Wie kann die Integration einer kulturell und sprachlich diversifizierten Gesellschaft vorangetrieben und ihre Kohäsion unterstützt werden? Und welche Rolle spielt hierbei die Sprache, resp. kann eine Sprachenpolitik einnehmen?

Im Folgenden soll die Idee dargelegt werden, dass Sprache unter drei Aspekten für eine gesellschaftliche Integration relevant ist: Erstens ist Sprache wichtig für die Identität von Individuen und Gruppen. Sprache ist zudem Mittel zur Verständigung und Grundlage sozialer Kommunikation. Nicht zuletzt ist Sprache auch Ausdruck von Ungleichheiten in einer Gesellschaft; die „Sprachen“, die ich spreche, verweisen auf meine soziale Position. Ich formuliere deshalb die Hypothese, dass Identität, soziale Kommunikation und Chancengleichheit die zur Debatte stehenden Elemente einer Sprachenpolitik sind; dies gilt mindestens dann, wenn man eine Sprachenpolitik in den Dienst gesellschaftlicher Integration stellt.

Sprache: Drei Merkmale

Sprache ist relevant für die Identität

Es steht ausser Zweifel, dass Sprache ein wichtiges Element für die Identität ist. Damit ist gleichzeitig gesagt, dass sich eine Sprachenpolitik mindestens teilweise den Postulaten einer „Politik der Anerkennung“ oder „Identitätspolitik“ zuordnen lässt. Charles Taylor (1992) hat sehr einsichtig nachgewiesen, dass ein enger Zusammenhang zwischen Identität, Anerkennung und Gewalt besteht. Eine Nicht-Anerkennung von kulturellen, sprachlichen oder auch von anderen Identitäten kann demzufolge eine Form von Gewalt sein. Anerkennt man die Identität oder Besonderheit von gewissen Menschengruppen nicht, kann das Selbstverständnis dieser Gruppen oder Menschen nachhaltig untergraben werden und sie beginnen sich selbst als „negativ“ wahrzunehmen. Fehlende Wertschätzung führt also zu einer

Abwertung, was einer Form von Gewalt gleichkommt. Anerkennung wurde deshalb ein Schlüsselbegriff unserer Zeit und ist von zentraler Bedeutung für die Analyse von Kämpfen um Identität und Differenz. Ob nun die Landrechte der indigenen Bevölkerung, die homosexuelle Ehe, das muslimische Kopftuch oder eben sprachliche und kulturelle Vielfalt debattiert wird: Die Kategorie der Anerkennung wird genutzt, um die normative Basis politischer Ansprüche zu charakterisieren, denn letztlich soll die Anerkennung ethnischer, kultureller oder sprachlicher Minderheiten den Status dieser Gruppen erhöhen. Eine Sprachenpolitik hat also im Idealfall Elemente einer solchen „Politik der Anerkennung“ aufzuweisen, da sie ein wichtiges Element im Kontext einer Identitätskonstruktion ist.

Sprache ist Grundlage sozialer Kommunikation

Wie gestaltet sich Kommunikation in einer pluralen und diversifizierten Gesellschaft und welche Rolle spielt Sprache in diesem Zusammenhang? Unbestritten ist, dass Sprache immer auch Teil sozialer Kommunikation ist. Sozialer Kommunikation wiederum kommt ein hoher Stellenwert für die Integration von Individuen oder Gruppen in die Gesellschaft zu, sei es durch Sozialisation oder durch tägliche Interaktionen im Alltag. Die Komplexität der zugrunde liegenden Prozesse wird immer dann offensichtlich, wenn die Kommunikation eben nicht mehr funktioniert. Der Begriff der kommunikativen Kompetenz – wie bei Habermas (1985) zielt auf ein wünschenswertes Repertoire von Fähigkeiten, soziale Situationen angemessen zu interpretieren und in ihnen handeln zu können. Dabei ist die kommunikative Kompetenz bei Habermas nicht nur auf der sprachlich-linguistischen Ebene zu definieren, sondern sie schliesst die Berücksichtigung der

Kommunikationssituation wie etwa die Rollen oder Machtverteilung ebenso ein, wie auch die nonverbale Kommunikation.

Schliesslich ist Ausgangslage für jede Kommunikation, dass die an einer Kommunikation Beteiligten in unterschiedliche Kommunikationsbedingungen eingebettet sind. Soziale Kommunikation geschieht nicht in einem Machtvakuum, die soziale Lage oder die sozioökonomische Position sind hierfür genauso relevant wie die Biographie. Kommunikationsprobleme lassen sich deshalb meist nicht einfach „nur“ auf die Sprache reduzieren, im Gegenteil gilt es, eine „Lingualisierung“ sozialer Kommunikation und sozialer Probleme zu vermeiden. Darunter sind Mechanismen und Praktiken zu verstehen, die Auffälligkeiten oder gesellschaftliche Probleme einzig auf die „Sprache“ einer bestimmten Gruppe zurückführen und dabei die politischen oder strukturellen Aspekte dieser Probleme vernachlässigen. Beispielsweise entstehen Kommunikationsprobleme zwischen Romands und Deutschschweizern nicht nur aufgrund der unterschiedlichen Sprache, sondern sie sind eingebettet in ein Mehrheits-Minderheitsverhältnis, das konkrete Nachwirkungen nach sich zieht. Sprache dient in diesem Sinne manchmal durchaus als Vorwand für Probleme, die in politischen oder strukturellen Faktoren ihre Wurzeln haben: So lassen sich Integrationsprobleme der ausländischen Bevölkerung in der Regel nicht einfach auf Sprachkenntnisse reduzieren, wie dies leider öfters geschieht, sondern haben manchmal auch mit struktureller Diskriminierung zu tun. Eine Sprachenpolitik, die auf eine verbesserte Kommunikation abzielt, muss in dieser Logik Kommunikationshilfen bereitstellen oder kommunikative Kompetenzen fördern.

Sprache ist ein Spiegelbild institutionalisierter Wert- und Statusmuster

Sprache kann durchaus auch als durch Schicht vermittelte Ressource betrachtet werden und „Sprachenvielfalt“ ist damit nicht zuletzt ein Spiegelbild von unterschiedlichen sozioökonomischen Positionen in der Gesellschaft. Sprache hat nicht nur mit Verständigung, Kommunikation oder Identität zu tun, genauso wenig wie Kultur eine Sphäre der Unschuld wäre: Sprache und Kultur sind eigenständige Träger gesellschaftlicher Ordnung und fungieren als Herrschaftsmuster. In der „Sprachenvielfalt“ reflektieren sich deshalb immer auch institutionalisierte Wert- und Statusmuster, die in gesellschaftlichen Ungleichheiten wurzeln. Konkret bedeutet dies bspw. dass gewisse Sprachen angesehener sind, andere weniger: Eine türkische Muttersprache zu haben, wird sich vermutlich nicht in einem Zuwachs an gesellschaftlichem Status ausdrücken und wird sich auch nicht unbedingt ökonomisch im Portemonnaie niederschlagen. Eine englische Muttersprache hingegen viel eher. Ethnizität und Sprache sind heute Prinzipien, die relevant sind für die Hervorbringung gesellschaftlicher Differenz: Jugendliche mit Migrationshintergrund, die nicht aus der Europäischen Union stammen, werden bei der Arbeitssuche trotz gleicher Fähigkeiten, d.h. denselben sprachlichen, schulischen und beruflichen Qualifikationen und identischem Curriculum klar benachteiligt. Dies das Hauptergebnis einer Nationalfonds-Studie von Rosita Fibbi et al. (2003). Fiktive junge Schweizer und Ausländer meldeten sich auf Stelleninserate für handwerkliche Berufe: Sie unterzeichneten ihre Bewerbungen mit „Peter Zimmermann“ oder dem kosovarischen Namen „Afrim Berisha“. Kandidaten mit albanischem Namen – und hier kommen Sprache und Ethnizität ins Spiel – hatten in Konkurrenz mit einem Jugendlichen mit

einem typischen Schweizer Namen, der dieselbe Schulbank gedrückt und dieselbe Lehre erfolgreich absolviert hatte, weniger Chancen, eine Arbeitsstelle zu finden. 24% der Jugoslawen mit albanischem Namen werden in der Westschweiz auf ihrer Stellensuche diskriminiert; in der Deutschschweiz sind es gar 59 %. „Albanisch sein“ wurde seitens der Arbeitgebenden negativ konnotiert, und es kann eine fehlende Anerkennung und fehlender Status konstatiert werden. Diese Abwertung zieht konkrete sozioökonomische Auswirkungen mit sich: „Afrim Berisha“ ist der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt und er hat ungleiche Chancen in Hinsicht auf gesellschaftliche Ressource.

Vielleicht könnte man es auch folgendermassen ausdrücken: Die Sprache ist eine der Grundlagen dessen, was „man hat“, wie dessen, was man für die anderen ist, dessen womit man sich selbst einordnet und von den anderen eingeordnet wird. Sprache ist in diesem Sinne ein Mittel der „Distinktion“ in einem Bourdieu'schen (1982) Sinn und sie ist als Ausdruck gesellschaftlicher Ungleichheiten zu verstehen. Dies bedeutet, dass eine Sprachenpolitik der Forderungen nach Umverteilung und nach der Beseitigung struktureller Barrieren wie etwa Diskriminierung zur Herstellung einer Chancengleichheit für alle Gesellschaftsmitglieder nachkommen muss.

Sprachenpolitik in einer dreifachen Perspektive

Ein mögliches Ziel einer Sprachenpolitik ist es, den Zusammenhalt des Landes zu unterstützen, indem Instrumente bereit gestellt werden, die die Integration der Individuen und Gruppen in die Gesellschaft vorantreiben können. Da Sprache nun aber, wie wir gesehen haben, gleichzeitig identitäts-, verständigungs- wie ressourcenrelevant ist, sollte eine Sprachenpolitik im Idealfall alle drei Achsen einbe-

ziehen. Wie Nancy Fraser (1998) am Beispiel von Geschlecht und Herkunft zeigte und wie sich hier am Beispiel der Sprache verdeutlicht, gehen Nicht-Anerkennung, fehlender Status und sozioökonomische Ungleichheiten Hand in Hand. Wir müssen also eine dreifache Perspektive einnehmen.

Aus diesem Blickwinkel lassen sich zunächst drei Hauptaufgaben einer Sprachenpolitik ausmachen: Sprachliche und kulturelle Vielfalt anzuerkennen und damit gegen unterschiedliche Wertschätzung der verschiedenen Sprachen anzukämpfen zum Einen. Zweitens, soziale Ungleichheiten, die einen direkten Zusammenhang mit Sprache haben, auszuglätten. Und letztlich einen Beitrag zur Verständigung und sozialen Kommunikation zwischen den „Sprachen“ beizutragen.

Wie könnte man dem ersten Element einer Unterstützung der sprachbezogenen Identitätsbildung der einzelnen Individuen und Gruppen gerecht werden? Ins Auge zu fassen wäre eine Aufwertung der Landessprachen, der sprachlichen Minderheiten, aber auch der Migrationsprachen – ich vermeide hier bewusst eine Hierarchisierung der verschiedenen Sprachtypen. In der Praxis heisst dies etwa die Einführung einer zweiten Landessprache in der Schule oder das Bereitstellen von Kursen in heimatlicher Sprache und Kultur für Personen, deren Erstsprache keine Landessprache ist. Diese Massnahmen sind wohlbekannt und nichts Neues.

Eine Aufwertung von Minderheiten- und Migrantensprachen könnte sich aber bspw. auch – und hier geht man vielleicht über den traditionellen staatlichen Aktionsradius hinaus - in Bemühungen eines „Diversity Managements“ am Arbeitsplatz, etwa in den öffentlichen Institutionen, äussern: Ein solches hätte zum Ziel, bewusst die Ressourcen der fremd- oder anderssprachigen Arbeitskräfte in den Arbeitsprozess einzusetzen: Etwa bei der Pflege fremd- oder anderssprachiger PatientInnen, oder bei der Be-

ratung fremdsprachiger KlientInnen in der Sozialhilfe, bei der Polizei, etc.. Die konkrete und strategische Nutzung von Mehrsprachigkeit würde unweigerlich den Effekt einer Aufwertung mit sich ziehen.

Wechseln wir nun aber die Perspektive und fragen uns, wie sich eine solche „Identitätspolitik“ der Förderung und Anerkennung der „Sprachenvielfalt“ unter einer Umverteilungsperspektive präsentiert. Vermutlich sind verschiedene Gefahren absehbar: So könnten die Tendenzen der sprachregionalen (etwa Französisch versus Deutsch) oder herkunftsprachlichen (etwa Albanisch) Blockbildungen, die bereits heute auszumachen sind, vorangetrieben werden. Die verstärkte Konzentration auf die Sprache im Sinne eines essentialisierten Identitätsmerkmals könnte zu neuen Formen gesellschaftlichen Ausschlusses führen. Dies wäre bspw. dann der Fall, wenn der Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen immer mehr über Sprache und Herkunft erfolgte. Das oben zitierte Beispiel von Afrim Berisha verdeutlicht diese Gefahr. Die Folge wäre eine gesellschaftliche Segregation und nicht die angestrebte Kohäsion.

Es muss demnach überlegt werden, wie eine Förderung und Anerkennung von sprachlichen und kulturellen Identitäten gleichzeitig zu einer Umverteilung führen kann: Die Erhöhung von Sprachkompetenzen könnte Umverteilungseffekte haben, als dass Fremdsprachkenntnisse bspw. am Arbeitsplatz konkret entlohnt würden. Dies dürfte allerdings nicht nur die Arbeitssprache Englisch betreffen, denn in einem globalisierten Arbeitsmarkt und in einer pluralistischen Gesellschaft sind auch Französisch und Italienisch (in der Deutschschweiz), Italienisch und Deutsch (in der Romandie), Spanisch, Türkisch oder Albanisch-Kenntnisse bewusst zu entlohnen und sollten einen wirtschaftlichen Mehrwert erhalten. Auch die Förderung der Kenntnisse in der Lo-

kalsprache von Personen, die keine Landessprache sprechen und das Bereitstellen von Übersetzungshilfen für der Lokalsprache unkundige Personen sind Massnahmen, die durchaus Umverteilungseffekte haben könnten: Übersetzungshilfen und Sprachkurse bedeuten ein Empowerment, das in diese Richtung zielt, wenn man Informationsdefizite beheben oder die Leute über ihre Rechte aufklären kann. Informationskampagnen in den Migrantensprachen können konkret den Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen eröffnen: Etwa wenn die Funktionsweise und Spielregeln des Schulsystems näher gebracht werden kann und lokalsprachig un- oder wenig kundige MigrantInnen fortan ihre Kinder gezielt schulisch unterstützen und damit deren Schulerfolge steigern können.

Es bleibt das Problem, dass spezifische kulturelle Wert- und Repräsentationsmuster gewisse Sprachgruppen abwerten und ihnen auf diese Art und Weise systematisch den Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen verschliessen. Wie könnte dieses Phänomen angegangen werden? Eine solchermassen verstandene Sprachpolitik hiesse bspw. eine Informationspolitik zu elaborieren, die darauf abzielte, gängige Stereotypen anzugehen und gezielte Anti-Diskriminierungsprogramme auszuarbeiten. Solche Massnahmen würden letztlich wiederum dazu führen, dass der Zusammenhalt im Land gefördert würde, schliesslich sind Diskriminierung und Chancenungleichheiten immer Barrieren für die Integration einer Gesellschaft.

Erlauben Sie mir zu guter Letzt noch einige Worte zum Verhältnis zwischen sozialer Kommunikation und Sprachpolitik anzuführen. Unter einer Verständigungsperspektive ist es erstaunlich, dass oftmals nur eine Kompetenzerhöhung etwa durch Sprachkurse oder den Austausch von Schulklassen zwischen den Sprachregionen angestrebt wird und die Bereitstellung von

Dolmetscherdiensten und Übersetzungshilfen in der Schweiz nicht mehr Tradition hat. Es scheint logisch, dass wenn in gewissen Situationen eine gemeinsame Sprache fehlt, eine Übersetzung als spezifische Form kommunikativer sprich interkultureller Kompetenz nahe liegend ist (Dahinden und Chimienti 2002). Eine solche kann durchaus integrative Wirkungen haben, in dem Sinne, als dass Zugang zu Information fast immer auch ein Empowerment bedeutet. Linguistische Forschungen zeigen, dass es nicht nur verschiedene Grade des Erwerbs einer Zweit-, Dritt- oder Viertsprache gibt, sondern auch unterschiedliche Sprachkompetenzen, die wenig mit einer Fremdsprachigkeit zu tun haben müssen, sondern Ausdruck des Humankapitals sind. Dieses wiederum hängt von Ressourcen wie Bildung, sozialer Schicht, Alter etc. ab. Spracherwerb und Sprachkompetenz werden denn heute als dynamische und in vielerlei Formen und Abstufungen existierende Phänomene betrachtet. Wir haben es also mit unterschiedlichen Sprachkompetenzen seitens der ausländischen wie auch einheimischen Bevölkerung zu tun. Gleichzeitig erfordern verschiedene Interaktionssituationen unterschiedliche sprachliche Fähigkeiten. Eine Orientierung im Alltag ist mit geringen Sprachkenntnissen möglich, das Erklären von Krankheitsbildern bedingt hingegen eine komplexe Sprachvermittlung. Übersetzungshilfen wären im zweiten Falle sinnvoll, und zwar sowohl für die Deutschschweizerin, die sich in der Notaufnahme des Spitals in Genf befindet wie auch für den Somalischen Mann auf der Onkologie im Universitätsspital Zürich.

Zum Schluss

Eine solchermassen verstandenen „dreischichtige“ Sprachenpolitik, wie ich sie ansatzweise zu skizzieren versuchte, mag sehr visionär erscheinen, dem

bin ich mir durchaus bewusst. Es stellt sich aber die Frage, ob vielleicht heutzutage Visionen notwendig sind, um eine neue gesellschaftliche Realitäten ansatzweise zu verstehen und Lösungen auf die anstehenden Probleme zu finden? Zudem ist mein kurzer Text durchaus als Plädoyer für eine schweizerische Sprachenpolitik zu verstehen, die von einer Vier- zu einer Vielsprachigkeit und von einem individuellen Mono- zu einem Plurilinguismus überginge. Ich bin überzeugt, dass eine solche Sprachpolitik, die diesen Bedingungen nachkommt, ein grosses Potential hätte, zur Kohäsion unserer Gesellschaft beizutragen.

Zitierte Literatur:

- BOURDIEU, P. (1982): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
 DAHINDEN, J. / CHIMIENTI, M. (2002): *Sprachmitteln und interkulturelles Vermitteln. Theoretische Perspektiven. Forschungsbericht Nr. 25*. Neuchâtel, Schweizerisches Forum für Migrationsstudien.
 FIBBI, R. / BÜLENT K. / PIGUET, E. (2003): *Le passeport ou le diplôme? Etude des discriminations à l'embauche des jeunes issus de la migration. Rapport de recherche 31 /2001*. Neuchâtel, Forum Suisse pour l'étude des migrations et de la population.
 FRASER, N. (1998): *Penser la justice sociale: Entre redistribution et revendications identitaires*. Politique et Sociétés 17 (3), p. 9-36.
 HABERMAS, J. (1985): *Theorie des kommunikativen Handelns. Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft*. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
 TAYLOR, Ch. (1992): *Multiculturalism and the politics of recognition*. Princeton, Princeton University Press.

Janine Dahinden

Dr. phil, Ethnologin, ethnologisches Institut und Schweizerisches Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien (SFM), Universität Neuchâtel. Sie forscht und lehrt zu verschiedenen Themen im Bereich der Migration, unter anderem zu sozialen Netzwerken, zu Kulturtheorien, zu Asylfragen, zu Integrationstheorien und interkultureller Mediation wie auch zu Genderfragen.